

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei direktem Postbezugs monatlich 4.65 M., bei Zustellung unter Strichband für Deutschland 4.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate sollen bis acht Uhr abends, Anzeigen bis 12 Uhr mittags, bei der Expedition abgegeben sein. Insetate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition abgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9765

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Deutschland und das Baltikum.

Vom lettlandischen Informationsbureau geht uns folgende Erklärung zu:

Laut den Waffenstillstandsbedingungen, abgeschlossen am 3. Juli d. J. um 330 Minuten nachmittags in Strandenhof zwischen dem Deutschen Oberkommando in Lettland einerseits und dem estnischen Oberkommando, unter dem auch die lettlandische Nordarmee stand, andererseits — mußten die deutschen Truppen sich aus Lettland zurückziehen, in von der neutralen Kommission der Entente festzusetzenden Fristen. Doch das Deutsche Oberkommando hat nicht die von ihm unterschriebenen Bedingungen erfüllt, sondern im Gegenteil bis zur letzten Zeit durch Verhörungen von Freiwilligen in Deutschland die Zahl der deutschen Truppenformationen in Kurland verstärkt. Die deutsche militärische Okkupation hat offiziell die regierende Macht auf dem besetzten Territorium in die Hände der von niemand anerkannten „Weißrussischen Regierung“ gelegt und dadurch mit Gewalt vom lettlandischen Staat das große Gebiet von Südllettland losgerissen.

Aus allem diesem müssen wir erleben:

1. Eine grobe Verletzung des beiderseitig abgeschlossenen Waffenstillstandsvertrags vom 3. Juli d. J.
2. Verletzung der souveränen Macht des de facto anerkannten lettlandischen Staates.
3. Verletzung nicht nur des allgemein anerkannten Rechtes auf Selbstbestimmung der Völker, sondern auch der allgemein anerkannten Prinzipien des Völkerrechts.

Die Auffassung, daß das Vorgehen der deutsch-russischen Truppen der Bekämpfung des Bolschewismus und der deutschen Interessen diene, ist das strikte Gegenteil der Wahrheit.

1. Die aggressiven Handlungen der deutsch-russischen Armee in Südllettland, indem sie die Kampfeskraft der lettlandischen Armee an der antibolschewistischen Front in Nordlettland bedeutend schwächt, kann zur Folge haben, daß Nordlettland von neuem dem Terror der roten Bolschewikenarmee preisgegeben wird.

2. Das Nichteinhalten der rechtskräftigen Grundgesetze durch die deutschen Okkupationsstruppen ruft Gesetzlosigkeit und Anarchie hervor und provoziert in der Bevölkerung bolschewistische Tendenzen und nationalen Haß, was die freundschaftliche Annäherung der baltischen Völker zu einander und ebenso die Herstellung und Aufrechterhaltung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen der demokratischen Republik Lettland und der Republik Deutschland verhindern muß.

### Der baltische Konflikt.

#### Die Entente und Deutschland.

Paris, 20. Oktober.

Die Information erzählt aus Paris: Im Kommercautskaus für Auswärtiges sprach Fison über die Baltikum-Krise der Alliierten an Deutschland. Fison stellte fest, daß Deutschland auch den neuen Forderungen bisher nicht nachgegeben sei und die Alliierten sich weitere Maßnahmen gegen Deutschland vorbehalten müßten. Dagegen meldet die „Times“ aus Paris: Man einigte sich im Rat der Alliierten, daß eine Verschärfung der Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland nicht vor dem Eintreffen der alliierten Kommission im Baltikum eintreten soll. Die Kommission verläßt Ende dieser Woche Paris.

### Die Kämpfe vor Riga.

H. N. London, 19. Oktober.

Aus Riga wird gemeldet, daß am Donnerstag mittag die Festungen Dünabünde und Dünaburg erobert wurden. Alliierte Kriegsschiffe unterstützen die lettischen Angriffe auf die Deutschen. Es wurden 5000 Kriegsgefangene gemacht und viel Kriegsmaterial erbeutet. Gleichzeitig fand östlich von Riga bei Jakobshof ein anderer Kampf statt, in dem die Letten gleichfalls siegen und Kriegsgefangene machten. Die Stadt Riga ist durch das Bombardement sehr beschädigt worden.

### Neue Streikbewegung in England.

T. L. Arbeiterbam, 19. Oktober.

Aus London wird vom 18. Oktober gemeldet: Die Mitglieder des Verbandes der Glasarbeiter haben beschlossen, den vorgeschlagenen Vergleich wegen des Ausstandes nicht anzunehmen, weil von den 20 000 Stimmgeldern 20 000 noch nicht an den Verband zu-

rückgeschickt worden sind. Die Entscheidung ist jedoch nicht zweifelhaft, da bisher 27 938 Stimmen gegen und nur 1678 Stimmen für die Annahme der Angebote abgegeben worden sind. Der Korrespondent der „Times“ in Manchester mißbilligt, daß die Lage in der gesamten Maschinenindustrie hierdurch sehr kritisch wird.

### Gemeindewahlen in London.

#### Ein sozialistisches Programm der Arbeiterpartei.

H. N. London, 20. Oktober.

Alle Londoner Blätter beschäftigen sich ausgiebig mit den bevorstehenden Wahlen für den Londoner Gemeinderat. Das Programm der Arbeiterpartei verlangt eine direkte Volkskontrolle aller öffentlichen Dienste und Betriebe. Wähler werden verlangt Badhäuser und öffentliche Baderäume in jeder Straße, große Ausdehnung der Zahl der Spitäler, Schließung aller gesundheitsgefährlichen Stadtteile auf Kosten der Hausbesitzer und Wiederaufbau besserer Wohnungen auf der alten Stelle auf Kosten der Gemeinde. Kommunalisierung des Handels mit Brot, Fleisch, Milch und Feinmehl, weiter Kommunalisierung von Theatern, Musikspielen, Konzerten und Märschen, Essenerklärung aller Museen, Kunsthandlungen und Bibliotheken, Durchführung der Union-Bestimmungen in allen Gemeinderäten. Außerdem soll jeder Arbeiter bei Gemeindediensten in direkten kommunalen Diensten stehen, so daß Kontraktarbeiten ausgeschaltet werden. Die Besteuerung soll nach Tragfähigkeit geregelt werden und zwar so, daß jeder Vermögenszuwachs ohne Arbeit beschlagnahmt wird. Die irdischen Steuern sollen nach Angaben der Steuerpflichtigen geschätzt werden. Die kommunalen Behörden sollen das Recht haben, das Eigentum auf Grund dieser Angabe zu enteignen. Der Unterschied zwischen ärmeren und reicheren Distrikten soll verschwinden, insofern, als die Reichen für die Vermehrung mitzugeben haben, gleichviel, ob die Lage des Distriktes es erforderlich macht. Leerstehende Wohnungen sollen voll besteuert werden.

Es gibt jetzt nicht weniger als 1000 Kandidaten der Arbeiterpartei, die mit diesem Programm auftreten. Bei den jüngsten Wahlen gab es nur 200 Kandidaten der Arbeiterpartei. Ein weiterer Wunsch der Arbeiterpartei ist, daß die Eintrittskarte die Verteilung aller kommunalen Bedürfnisse übernehmen.

### Verhandlungen über Fiume.

#### D'Annunzio angeblich unnachgiebig.

Bern, 19. Oktober.

Aus Paris melden die Blätter, daß sich die italienische Regierung mit der amerikanischen Regierung über die Vorschläge Tittonis zur Lösung der Frage von Fiume, die die Unterstützung Frankreichs finden, direkt verhandelt. D'Annunzio erklärte französischen Journalisten, daß weder Versprechungen noch Drohungen irgendwelchen Einfluß auf ihn und seine Truppen haben könnten. Er gebe nicht nach; er würde eher die Stadt und den Hafen in die Luft sprengen. Alles sei bereit dazu.

### Belagerungszustand in Schmalkalden.

#### Acht Genossen verhaftet.

Nach Schmalkalden ist seit Sonnabend der Belagerungszustand verhängt. Die Genossen Pappalain und Fleischmichl sind in Untersuchungshaft genommen und in die Strafankalt Wehlheiden übergeführt. In Cassel sind weitere sechs Genossen aus unbekannten Ursachen verhaftet.

### Das Uebergangsgesetz für Elsaß-Lothringen.

Paris, 19. Oktober.

Das Gesetz betreffend die Uebergangsgesetzgebung für Elsaß-Lothringen ist heute morgen im Staatsanzeiger veröffentlicht worden. Nach den Bestimmungen dieses Gesetzes bleiben die beiden Provinzen unter der unmittelbaren Verwaltung des Ministerpräsidenten. Sie werden jedoch in drei neue Departements eingeteilt, nämlich in Unter-Elsaß, Ober-Elsaß und Lothringen, und werden fortan heißen: Departement das du Rhin, du Haut Rhin und de la Moselle. Diese Departements werden 24 Volksvertreter und 14 Senatoren abordnen, so daß die neue Kammer aus 228 Abgeordneten bestehen wird, gegen 602 in der alten Kammer, und der Senat aus 314 gegen früher 300.

## Deutschlands Kriegsschuld.

Von Heinrich Ströbel.

I.

Durch die Publikationen des deutsch-österreichischen Staatsamts des Neuherren ist die Frage nach der Kriegsschuld auch für die bürgerliche und rechtssozialistische Presse, die solchen Erörterungen sonst seit dem 9. November möglichst aus dem Wege zu gehen pflegt, wieder aktuell geworden. Allerdings hat man auch diesmal wieder die alte Taktik beobachtet, die Verantwortung für die Kriegsentfesselung von der deutschen Regierung abzuwälzen und ändern aufzufürden. Nur daß diesmal die ändern nicht die bösen Russen oder Engländer waren, sondern die wackeren Verbündeten von 1914 bis 1918, die Mitglieder der österreichischen Regierung, die Berstold, Stürgkh, Wilinski usw. Sie wurden ja durch die amtlichen Dokumente, die jene Veröffentlichung des österreichischen Staatsamts des Neuherren ans Licht zog, so fürchterlich bloßgestellt und derart bis auf die Knochen blamiert, daß man sie als bewußte Kriegsanstifter, als ruchlose Verbrecher preisgeben mußte. Aber je rücksichtsloser man die österreichischen Staatsmänner preisgab, desto liebevoller nahm man sich der deutschen Mitverantwortlichen an, desto eifriger suchte man die Wilhelm, Bethmann und Jagow herauszufahren. Die österreichischen Regierungsmänner waren die Schutten, die mit diabolischer Arglist und kalter Berechnung den Krieg anstifteten; aber die Wilhelm und Bethmann waren nur die arlosen Opfer der raffinierten Wiener Verschwörungskünste. Um sie eine solche Rolle spielen zu lassen, mußte man freilich nicht nur die Tatsachen verzerren und das Zeugnis der belastetsten Ankläger skrupellos verdächtigen, sondern man mußte selbst dann noch — gleich dem „Baron“ — die deutschen Schuldigen als ganz unmögliche Tölpel und Trottel, als vollendete Idioten hinstellen.

Nun waren sicher die Berliner Komplizen der Wiener Weltbrandstifter keine staatsmännlichen Genies; aber soviel Unwissenheit, Leichtgläubigkeit und Vergeßlichkeit, wie die deutschen Kriegsschuldheiler den Wilhelm, Bethmann, Jagow und Zimmermann zur Glaubhaftmachung ihrer gutgläubigen Tölpelerei aufbürden, wäre selbst für Bölling eines Idiotenheims eine Uebertreibung. Ganz abgesehen davon, daß man nur dann auf mildernde Umstände wegen kompletter Unzurechnungsfähigkeit plädieren kann, wenn man die zwingendsten Schuldbelege hätte ignoriert und ohne jeden Grund dritte Personen des falschen Zeugnisses beachtet. Im Interesse der historischen Wahrheit und zur Entlarbung des neuen offiziellen Kriegsschuldinhalts ist es geboten, sich mit den österreichischen Publikationen ein wenig näher zu beschäftigen.

Es sind zwei Veröffentlichungen, die bis jetzt vorliegen. Eine ohne jeden Kommentar herausgegebene Dokumentensammlung: „Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914. Ergänzungen und Nachträge zum österreichischen Rotbuch. I. Teil, 28. Juni bis 23. Juli 1914“, und eine Bearbeitung des Aktenmaterials durch Dr. Friedrich Gooß, die bis zum Ausbruch des Weltkrieges reicht. Um es gleich zu sagen, es wäre besser gewesen, wenn das deutsch-österreichische Staatsamt des Neuherren statt der Veröffentlichung des Dr. Gooß den noch ausstehenden zweiten Teil der Aktenstücke selbst der Öffentlichkeit unterbreitet hätte, die doch Dr. Gooß für seine Schrift bereits benutzt hat. Man hätte dann die Lückenlosigkeit vorausgesetzt, ein einwandfreies Material zur Bildung eines objektiven Urteils beiseite, während man so für die Zeit nach dem 23. Juli auf die Stichwörter und die Kommentare des Dr. Gooß angewiesen ist. Und die Aktengruppierung und Tafeladempertung des Dr. Gooß ist leider, das beweist schon der Vergleich seiner Bearbeitung mit den bis zum 23. Juli reichenden Originalakten eine so stark tendenziöse, daß sie als Quelle einer unbefangenen und ehrlichen Urteilsbildung nicht in Frage kommen kann. Auch seine Darstellungen dient ganz auffallend dem Zweck, die deutschen Kriegsschuldigen auf Kosten der österreichischen Minister zu entlasten. Und dieser üble Eindruck wurde noch verstärkt durch den Sonderlangerdienst, zu dem sich Dr. Gooß bekanntlich in einer Berliner Pressekonferenz hergab, in der feinerseit den deutschen Pressevertretern die österreichischen Publikationen übergeben wurden. Ganz wie in den bösen Zeiten, wo Herr Deutelmeyer noch die gelehrte Journaille über die wirklichen Methoden der publizistischen Arretierung des deutschen Volkes instruierte, wurde auch hier den Contralisten ein Leitfaden durch die beiden Führer mit auf den Weg gegeben. Der Instruktor der Berliner Presse aber war diesmal Herr Dr. Gooß selbst, und seine Gebrauch-

antreibung gab die bequemsten Fingerzeige, wie man ohne alles lästige Aftenstudium die mindere Schuld der deutschen Mitschuldigen glaubhaft machen könne!

### Was wollte die österreichische Regierung?

Für die Feststellung der Mitschuld der deutschen Regierung am Kriege ist es notwendig, erst einmal den Umfang der österreichischen Kriegsschuld festzustellen.

Die Protokolle über die beiden Ministerratsitzungen vom 7. und 19. Juli beweisen, daß die österreichische Regierung um jeden Preis einen Krieg mit Serbien anzetteln wollte, „um Serbien durch eine Kraftübernahme für immer unschädlich zu machen“. (Verdacht.) Dabei war die Ermordung des österreichischen Thronfolgers eigentlich nur ein Vorwand. Denn erstens hatte der zur Unterzeichnung der Modaffäre nach Sarajewo entsandte Sektionsrat von Wiesner am 13. Juli Verdacht durch Chiffretelegramm melden müssen, daß eine „Mitwisserschaft der serbischen Regierung an der Leitung des Attentats oder dessen Vorbereitung und Bestellung der Waffen durch nichts erwiesen oder auch nur zu vermuten“ sei, daß „vielmehr Anhaltspunkte bestehen, dies als ausgeschlossen anzusehen“. Zweitens aber war die Denkschrift, die der Kaiser von Oesterreich am 5. Juli 1914 Wilhelm II. überreichen ließ, und die mit den Sähen schloß, „daß es ein gemeinsames Interesse der Monarchie wie nicht minder Deutschlands“ sei, im jetzigen Stadium der Balkankrise rechtzeitig und energisch einer von Rußland planmäßig angestrebten und geforderten Entwicklung entgegenzutreten, die später vielleicht nicht mehr rückgängig zu machen wäre“, bereits vor dem Mord von Sarajewo verfaßt worden. Stürgkh, der in der Ministerratsitzung vom 7. Juli mit besonderer Entschiedenheit dafür eintrat, „einen kräftigen Schlag gegen Serbien zu führen“, meinte denn auch, daß durch den Mord „eine psychologische Situation geschaffen“ sei, die „unbedingt zu einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Serbien hindränge“. Stürgkh machte auch sonst in dieser Geheimnisnacht aus seinem Herzen keine Mördergrube — er ahnte so wenig wie ein anderer der Mitverschwörer, daß das Protokoll dieser Sitzung jemals das Licht der Öffentlichkeit erblicken würde. So meinte er denn: „Wie der Konflikt begonnen werden solle, sei eine Detailfrage“, und wenn Tisza nichts von einem überraschenden Ueberfall ohne Kriegserklärung wissen wolle, „so müsse man eben einen anderen Weg finden“. Die Hauptsache sei die „prinzipielle Frage, ob es unbedingt zu einer kriegerischen Aktion kommen solle oder nicht“.

Auch der Finanzminister Bilinski schürte eifrig zum Krieg, für den der Landesbesitzer in Bosnien, General Potiorek, schon seit zwei Jahren eintrete. Und der Kriegsminister Krobaton verfolgte die Ansicht, daß ein diplomatischer Erfolg gegen Serbien keinen Wert habe. Einzige Tisza zauderte am 7. Juli noch. Am 19. Juli war jedoch auch er für die Kriegsansetzung gewonnen.

Daß man den Krieg wollte, den Krieg unter allen Umständen, beweisen nicht nur diese Aeußerungen der Minister. Denn am Schluß der Sitzung vom 7. Juli wurde nach dem Protokoll ausdrücklich konstatiert, daß „alle Anwesenden mit Ausnahme des königlich ungarischen Ministerpräsidenten (Tisza) der Ansicht“ seien, „daß ein rein diplomatischer Erfolg, wenn er auch mit einer eklatanten Demütigung Serbiens enden würde, wertlos wäre, und daß daher solche weitgehenden Forderungen an Serbien gestellt werden müssen, die eine Ablehnung voraussehen ließen, damit eine radikale Lösung im Wege militärischen Eingreifens angebahnt würde“.

### Das Denkmal der Schande.

Die „Tägliche Rundschau“ und noch ein paar Mütter brachen neulich einen Iphigonen und pathetisch klagenden Artikel, was das denn nun mit dem Reichskriegsmuseum wäre. Die O. D. L. habe doch in allumfassender Voraussicht ein solches Museum vorbereiten lassen. Große Pläne seien entworfen, Deutschlands Helden zu ehren. Und nun scheine die neue Regierung diese nationale Pflicht ganz vergessen zu haben.

Die also angepoppte Regierung schloß sich aus. Das ist eigentlich schade, und darum wollen wir der „Täglichen Rundschau“, mit diesem Plädoyer für ein Reichskriegsmuseum beizutreten, freilich für ein Reichskriegsmuseum, wie wir es aufstellen

Ganz ernsthaft gesprochen, diese Schreckenszeit, Zeit des blutigen Mordens und der geistigen Verwirrung muß im Denkmal für die spätesten Geschlechter erhalten bleiben, nicht im Denkmal von Erz und Marmorstein, im Denkmal der Vergeltung, sondern im Denkmal der Entgitterung.

Unsere Volkserzieher haben zu lange gesagt, daß unsere Pflicht das Soldatsein sei. Der Kant des mühseligen kategorischen Imperativs wurde uns immer wieder gepredigt. Daß derselbe Kant ein Buch vom ewigen Frieden geschrieben hat, verschwiegen die Prediger des Hasses. Im Bewußtsein, Pflicht zu erfüllen, marschieren die Soldaten, belagern einzelne Kreuze auf die sie stolz waren, und Tapferkeitsmedaillen. Ueberlegt euch, wie schwer es sein wird, heute jemandem klar zu machen, daß die Voraussetzungen dieses Zeichens verdammt sind.

Im Zeughaus hat man mit bunten Puppen und Bleisoldaten (Schlachten ganz nach Panoptikummanier für den Militarismus szenieren; wollen wir abschreiben, so müssen wir uns auch vom Panoptikum die Methode leihen, aber von der Abteilung Schreckenskammer. Ein paar Beispiele. Der Staatsgerichtshof wird ja bald die Sünden mancher hohen Herrn feststellen. Diese „Kriegsgötter“ zeige man nicht so, wie sie der Kriegsphotograph abspülte und der brave Walerdmann auf der leeren Leinwand herunterlächelte, sondern in der Karikatur entgittert, wie die unarmberzige Geschichte sie sehen wird, blind, ernstlich überspannten Ehrgeizes voll. Hüte eines zum anderen, damit sich das System in voller Glorie zeige, füge noch die Dummheit hinzu, die aufgeschlossene Hölle, kurzum sehe Wilhelm II. das Denkmal, das er entbehrt, seitdem die Franzosen die Statue in Straßburg, in der ihn ein schweißbedeinter Wühler in der Verwundung des Erzengels Michael dargestellt hat, gestürzt haben. Das sei der Erlaß für den Ehrenpall, den der alte Entwurf der O. D. L. als stolzen Ruppelbau vorschlag. Und dann zeige man die Maschinen des Mordens, die Schenker mit ihren Granaten und Wägen die Photographien von

Dieser Kriegsabsicht gemäß wurde dann am 19. Juli das Ultimatum an Serbien formuliert. So fest war man in dieser Ministerratsitzung von der sicheren Erreichung der Kriegsabsicht überzeugt, daß man laut Protokoll nur noch von der Mobilisierung, der Kriegführung und dem späteren Schicksal des niedergeworfenen Serbiens sprach!

Um Serbien für immer unschädlich zu machen, sollte es zerstückelt, zum Teil von Oesterreich annectiert, zum Teil an die Nachbarstaaten aufgeteilt werden. Stürgkh hatte auch bereits für die Erhebung der Dynastie Karageorawitsch durch „einen europäischen Fürsten“ — wohl einen Habsburger oder einen Hohenzollernprinzen! — verlangt. Nur Tisza hatte auch gegen allzu jäggelosen Annexionismus noch am 19. Juli Bedenken geäußert, schon aus Klugheitsbedenken heraus. Aber seine Warnungen waren auch hier vergebens. Denn am Schluß der Sitzung wurde beschlossen, daß zwar den fremden Mächten erklärt werde, daß die Monarchie „keinen Eroberungskrieg“ führe, daß der „natürlich“ (1) „strategisch notwendige Grenzberichtigungen sowie die Verkleinerung Serbiens zugunsten anderer Staaten sowie eventuell notwendige vorübergehende Besetzungen serbischer Gebiete durch diesen Beschluß nicht ausgeschlossen werden“. Aus Bosnien war ja feinerzeit nur „vorübergehend“ befehligt worden.

An der Absicht, Serbien um jeden Preis kriegerisch zu überfallen, hielt die österreichische Regierung bis zum letzten Augenblick fest. Alle Vermittlungsvorschläge von englischer und russischer Seite lehnte es ab. Die deutschen Warnungen zum Einlenken — über deren wahren Sinn es freilich seine eigene Meinung haben durfte — schlug es ebenso beharrlich in den Wind, wie die Warnungen Salonows, Poincarés, Greys und des italienischen Ministers des Aeußeren San Giuliano, der die österreichische Regierung nachdrücklich wissen ließ, daß Italien jede Stärkung Oesterreichs auf Kosten Serbiens als eine höchst unwillkommene Störung des europäischen Gleichgewichts betrachtete. Verstoß und Konforten drängten mit verbrecherischer Rücksichtslosigkeit zum Krieg. In welchem Geiste Verstoß alle Vermittlungsvorschläge durchkreuzte — anfangs durch nachträgliche Ablehnung, später durch skrupellose Verhinderung der Antworten und nachweislich geflüstertes Mißverstehen — beweist folgender Satz seines „Immediatberichts“ an den Kaiser Franz Joseph vom 28. Juli: „Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß die Tripelentente mächtig einen Versuch machen könnten, eine friedliche Beilegung des Konfliktes zu erreichen, wenn nicht durch die Kriegserklärung eine klare Situation geschaffen wird.“ Und um den Preis auf dem Thron leichter für die Einmischung zur Kriegserklärung zu gewinnen, fälschte Verstoß in die dem Kaiser vorgelegte Kriegserklärung einen erlogenen serbischen Angriff hinein, den er nach Erlangung der Unterschrift vor der Abjendung wieder herausstrich!

### Das deutsche Verbrechen.

Paris, 19. Oktober. (Havas.)

Das Kriegsgericht fällt über die Personen, die an Rebellion und Administration der „Gazette des Ardennes“ teilgenommen haben, wegen Einverständnis mit dem Feinde das Urteil und verurteilt die Deutnants Demwegh, Heinrich, Devere zum Tode, Rasse und de la Fontaine zu siebenjähriger Zwangsarbeit, Rabyle, Dubois, Ferrisles und Lesfer sowie die Frauen Yvonne Diez und Georgette Defers zu 5 Jahren Zwangsarbeit. Henri de Grandel wurde in Contumaciam zum Tode verurteilt, Louis Boucher und Frau Defers wurden freigesprochen.

Die Verurteilten sind ein indirektes Opfer des deutschen Militarismus geworden. Die „Gazette des

Ardennes“ erschien während des Krieges auf Befehl der deutschen Obersten Seeresleitung in Charleville. Ihre Mitarbeiter waren gefaßte Subjekte; sie hatten die Aufgabe, die deutsche Kriegführung zu loben und den verübten Schandthaten eine Rechtfertigung zu geben. Das Große Hauptquartier ließ diese bestellten Veröffentlichungen dann als „Stimmen aufrichtiger Franzosen“ in Deutschland und im Ausland verbreiten. Dummheulen auf diesen Schwindel herein. Das Urteil des Pariser Kriegsgerichts trifft also zugleich den deutschen Militarismus, der vor dem größten Verbrechen nicht zurückgeschreckt ist, wenn er es seinen Zwecken dienstbar machen konnte.

### Nur nicht verkleinern.

#### Ämtliche Irreführung über die deutsche Seeresstärke.

Das „Armee-Berordnungsblatt“ brachte kürzlich eine Mitteilung, in der der Bestand der deutschen Armee nach Reichswehrbrigaden aufgeführt wurde und zugleich die „men der Kommandeure aufgeführt wurden. Offenbar ist man damit die immer deutlicher zutage tretenden Verzerrungen über das Anwachsen der gegenrevolutionären Armee zerstreuen und andererseits durch die Angabe der Namen der Brigadeführer beweisen, daß sich unter ihnen keine hervorragenden Vertreter der Reaktion befinden. Bezüglich der bürgerlichen Presse ist dieser Versuch leider allzu gut gelungen.

Die Mitteilung des „Armee-Berordnungsblattes“ war absichtlich so gehalten, daß sie eine Irreführung der öffentlichen Meinung bedeuten mußte. Es wurden nämlich nur die Brigaden aufgeführt, die angeblich nach dem durch den Friedensvertrag erforderlichen Reduzierung der Truppen vorhanden sein werden. Durch die Notiz wird in der Deutlichkeit der Eindruck erweckt, als ob die aufgeführten Brigaden bereits den gesamten Bestand des Heeres darstellten. Angesichts der immer wieder betonten Ablehnung der Regierung gegenüber den Feststellungen unierer Genossen im Parlament über die wirkliche Seeresstärke erscheint es notwendig, darauf hinzuweisen, daß im „Armee-Berordnungsblatt“ eine große Anzahl heute noch bestehender Brigaden nicht aufgeführt sind. Es ist im Augenblick bei der Willkürherrschaft des Militärs und der sorgfältigen Geheimhaltung aller militärischen Dinge nur schwer möglich, einwandfrei festzustellen, in welchem Umfange die Meldung des „Armee-Berordnungsblattes“ falsch ist.

Um ihre Unzuverlässigkeit nachzuweisen, sei nur auf einige sehr schwere Ungenauigkeiten aufmerksam gemacht. So nennt das „Armee-Berordnungsblatt“ die in Militärliegende Reichswehrbrigade nicht, die aus der 9. Infanteriedivision hervorgegangen ist, ebenso nicht die der 11. Division entsprechende Reichswehrbrigade, ebensowenig auch die Reichswehrbrigade die die Nachfolgerin der 12. Division darstellt und in Doppelreihe liegt. Auch fehlt in der Aufstellung die 32. Reichswehrbrigade, die in Gleiwitz liegt und die Nachfolgerin der 17. N. D. ist. Auch die in Deutsch-Krone liegende Brigade des Generals Chevalerie ist nicht aufgeführt. Ferner vermissen wir die 26. Reichswehrbrigade, die die Nachfolgerin der 2. Garde-Division ist. Auch die 29. Reichswehrbrigade unter dem jetzt vielgenannten Grafen Waldersee ist nicht aufgeführt, ebensowenig die jetzt im Baltikum den Gehorsam verweigende Eiserne Division, die als 35. Reichswehrbrigade gezählt wird, und als die Veröffentlichung im „Armee-Berordnungsblatt“ erfolgte, noch ein Teil des deutschen Heeres war.

Ohne Frage lassen sich noch weit mehr Reichswehrbrigaden finden, die in der Aufzählung fehlen. Die Mitteilung des „Armee-Berordnungsblattes“ muß also als eine grobe Irreführung der öffentlichen Meinung bezeichnet werden. Durch solche Manöver wird Herr Roske seine Zahlen

ihrer Wirkung daneben. Schreibe dabei: „Ein Schuß töte in einem Lütticher Port so und so viele Menschen und brachte so und so vielen den Wahnsinn.“ Zeige die Fliegerbomben, die Gasmischungen in soziam verpackten Gefäßen, zeige das Nieren-geschäß, das Paris beschloß, zeige Modelle von Minenstollen und schreibe auf große Tafeln, wie alle diese Werkzeuge des organisierten Mordens wirkten, und hänge Photographien vom Schlachtfeld in seiner graulichen Wirklichkeit daneben auf, denn es gibt genug, wenn man sie auch bisher nur heimlich zeigte. Zeig den Unterseeboottkrieg im Modell und im Bild, zeige seine Wirkung in graphisch dargestellter Statistik, zeige auch die Hungerblöde, in Landkarten und Musterportionen dessen, was der Deutsche in einer Woche auf seine Porten zu essen bekam. Bringe Bilder von der Wirkung der Hungerblöde, zeig die Sterblichkeitskurve auf, bring aber auch nicht die geistige Blöde, den ungeheuren Hohn, der die Geister entzweide, die Propaganda der Lüge, wie sie haben und dröhen gehendhaft wurde. Große Tafeln und Modelle werden die wirtschaftliche Entwicklung, die Umstellung der Industrie, die gewaltigen organisatorischen Leistungen, die alle nur dem menschenverachtenden Moloch dienen, zeigen. Zeige die Leiden der Soldaten im Felde, zeige aber auch den Schlemmer in der Stadt, demonstriere, was ein Kriegsgewinnler ist, widme ihm, um ihn in seiner vollen Glorie darzustellen, einen ganzen Saal und gehe dann weiter zur Darstellung der Demokratisierung der ganzen Welt. Statistiken der zunehmenden Kriminalität, Darstellungen der bedauerlichen Verschönerung, die man „militärische Notwendigkeiten“ nennt — alles das muß heran.

Ein freier Ausschuß hat begonnen, Urkunden zur Notgeschichte des Krieges zu veröffentlichen. Demselben Zweck diene das Reichskriegsmuseum, ein riesenhaftes Denkmal des Hoffenswerten in der Welt. Andreas, Bietomik.

### Arbeiter-Sängerköre.

Zwei Chorgesangvereinigungen der muskittreuen Arbeiterschaft konzertierten am Sonntagabend vor überfüllten Häusern: der Sängerkör „Vorwärts-Südost“ unter seinem Chorleiter Franz Bothe in der Hochschule für Kunst, der Männerchor „Gesundbrunner Harmonie“ unter Hermann Schuller in der Singakademie. Beide Vereine, die dem Arbeiter-Sängerbund angeschlossen sind, verfügen über gutes Stimmaterial und über eine sichere Schulung. Viel köstliches an einschmeichelnden Melodien und unangenehmen Volksliederweisen klang in die Herzen der andächtig verammelten Zuhörer. Gest dem Proletariat nur freie Zeit, er bemerke es immer von neuem, daß er seine Ruhestunden würdig zu nutzen versteht, würdiger als die, die um seine Moral bei zu kurzer Arbeitszeit belazt sind und dabei selbst in Selbsthellen und Kadoretts herum-

ludern. In der Singakademie bot die Triobereinigung Schumann, Debussy, Decher die ermunternde Abwechslung, in der Hochschule für Kunst der Cellist Kamin Liebermann und der Organist Arnold Dreger.

2. Mittagskonzert im Deutschen Opernhaus. Die Linkeische Tonhalle war zum ersten Male am Sonntag mittig zu dem 2. Volksmüßigen Sinfoniekonzert im Deutschen Opernhaus aufgestellt und behob alle akustischen Störungen, die gar zu oft in diesem Hause dem Orchester zur Last gelegt wurden. Das war ein beseligendes Musikieren in Mozarts Es-Dur-Sinfonie, bewies von neuem in der plastischen Durchdringung der feinsten Verzierungen die musikalische Intelligenz des Orchesterführers Rudolf Krafelt. — Von dem ehemaligen Klavier-Spieler in belgischen Estaminets, dem Center Lieben Duba-fel, wurden drei Orchesterlieder, die in instrumentaler Ueberbietung die vollstimmliche Stimmung der Texte bergewaltigen, und das sinfonische Gedicht „Morgen“ zur Vorkauführung gebracht, ein Werk, andrucksüchtig an tonmalischen Ideen, in der Orchesterführung epigonenhaft Strauss-meistlich, der größeren, programmatischen Schöpfung „Vele-Plius“ entnommen. Danach lobte das Orchester des wahren Meisters Richard Strauss geniale „All Eulenspiegel“-Schwänke. R. F. W.

In dem Sonntag-Mittagskonzert der Volksbühne ließ gestern Wanda Landowska am Cembalo und Flügel die Walzerlänge vom 17. Jahrhundert bis in unsere Zeit auf engstündigste erklingen. Die Hörer dankten für die ungemein schönen künstlerischen Genüsse dieser dankenswerten musikalischen Darbietung durch reichlichen Beifall.

### Wedekind im Film.

Nach Gerhart Hauptmann (Rote Verb) und August Strindberg (Kaus) und Kameraden) erscheint jetzt auch Wedekind im Kino. In einer Pressevorführung wurde „König Ritsio“ auf der Leinwand gezeigt. Ein frühes Drama des Dichters, das man unter dem Namen „So ist das Leben“ von der Bühne her kennt. Die Aufmachung des Films unter Leitung des Volksbühnenregisseurs Dr. Paul Legand und unter Mitwirkung von Frau Lilly Wedekind, hielt sich fast durchweg streng literarisch. Aber gerade dieser literarische Stil ist ein Jermes der Jasooh: der Literatur wie dem Kino gefährlich ist. Der Film sei lieber lustig, auf amüsanter, überreichende Wirkungen seines eigenen natürlichen und phantastischen Bereichs gestellt. Es muß zugestanden werden, daß Wedekind Tragiödie in ihrer an sich schon teilweise schreienden Punttheit ohne läde Verzerrung wiedergegeben wurde. In anderen Dramen Wedekind dürfte der Verzicht auf das Wort weit schärfere sein. Die Dichtung ist nicht dazu da, nur Kommod und Kachmen zu mehr oder weniger gutgestellten lebenden Bildern zu sein,

Aber die augenblickliche Heeresstärke nicht vertrauenswürdig machen. Wie lächerlich falsch die von ihm genannten Zahlen von 400 000 Mann sind, geht schon aus der Mitteilung hervor, daß nach offiziellen Mitteilungen während der oberirdischen Unruhen im dortigen Unruhegebiete allein über 120 000 Mann versammelt waren. Es ist zwar denkbar, daß Herr Koske nur unvollkommen darüber orientiert ist, welche Revanchepläne einige seiner allernächsten Partifreunde mit dieser Armee verbinden, auch darüber wird zu gegebener Zeit noch zu reden sein, es ist aber fast völlig ausgeschlossen, daß ihm heute noch unklar sein sollte, welche Zwecke die monarchistischen Offiziere, die seine nächste Umgebung bilden, verfolgen.

## Sie empfinden keine Freude.

Die Schuldigen am Weltkrieg vor dem Untersuchungsausschuß.

Berlin, 19. Oktober.

Zu der Nachricht, daß dem Staatsminister Dr. Helfferich und General Ludendorff vom Untersuchungsausschuß Einladungen zu der am Dienstag stattfindenden ersten öffentlichen Sitzung zugegangen sind, erfährt die Telegraphen-Union, daß Helfferich von Berlin abwesend und es zweifelhaft ist, ob er bis Dienstag zurückkehren wird. General Ludendorff ist erst raunt, aus den Zeitungen zu entnehmen, daß dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg eine Einladung vom Untersuchungsausschuß nicht zugegangen ist.

Soweit die Telegraphen-Union erfährt, wird sich General Ludendorff über sein Erscheinen in der Sitzung am Dienstag mit seinem früheren Vorgesetzten in Verbindung setzen. Die Meldung, daß auch dem Staatssekretär Zimmermann eine Einladung des Untersuchungsausschusses zugegangen ist, trifft nicht zu. Eine solche ist bisher nicht eingegangen.

In einem Schein also die Herren einig zu sein, daß es ihnen unangenehm ist, in öffentlicher Verhandlung über ihr Tun Rechenschaft ablegen zu müssen. Herr Helfferich ist zu gelegener Zeit verreist, und auch Herr Ludendorff will erst Hindenburgs Erlaubnis zum Erscheinen einholen, die er gar nicht nötig hat. Sollte die Herren nun doch Ratensammerstimmung beschließen haben, nachdem sie zuerst den Mund nicht voll genug nehmen konnten?

## Widerliche Heuchelei.

In seiner gestrigen Ausgabe stellt das Organ der Streikbrecherpartei in einer Anfrage an Professoren Kötter und Bier die Behauptung auf, die Unterbindung von Operationen in den Krankenhäusern werde von der „Freiheit“ und ihrem Anhang als „Mischen“ und „Belanglosigkeit“ bezeichnet. Daß es sich bei dieser Behauptung um eine der üblichen frechen Lügen handelt, bedarf keiner besonderen Beweisführung. Aber diese Fälschung haben die Streikbrecherpartei und ihre Handlanger nötig, weil sie ihrem Anhang, entgegen den Tatsachen, dauernd vorgelesen haben, daß die Streikenden keine Rücksicht auf das Leben und die Gesundheit der unbeteiligten Bevölkerung hätten nehmen wollen. In Wirklichkeit haben die Streikenden beschloffen und auch danach gehandelt, die wirklich lebenswichtigen Betriebe mit Strom zu versorgen. Die entstandenen Störungen kann niemand auf das Konto der Streikenden setzen, sondern sie sind von denjenigen provoziert worden, die diesen Anlaß nötig hatten, um ihre Streikbrechergarden aufzumarschieren zu lassen.

Die vorgeschobene Anteilnahme für Haase ist deshalb nichts anderes als eine widerliche Heuchelei.

Ueber das teilweise kullienhaft landschaftliche und einige gut gezeichnete Nebenrollen regte die Darstellungsart des Herrn Stahl-Radbauer als schwelgender König und bekümmertes Raze hervor.

„Der Vielgeliebte“ heißt die neue Operette des „Theaters am Rollendorplatz“, mit der es einen großen und durchschlagenden Erfolg erzielt. Die nach einem französischen Vorbild von Haller und Aldeamus gefertigte dreifache Liebesgeschichte eines verzärtelten Grafen flieht im Strom einer ungewöhnlich melodienreichen und klangvollen instrumentalen Musik Eduard Künneses munter dahin. Sie erhebt sich in stets geschmackvoller Weise weit über das durchschnittliche Maß. An der Spitze und ohne erfreulichen Aufführung hatten alle Mitwirkenden, besonders aber Eduard Vichienstein, Grete Freund, Eugénie Rex, Bruno Wiesner und mit ihrem Completeoritur Claire Volkhoff hervorragenden Anteil.

Im „Walhalla-Theater“ wird jetzt eine neue Operette von Decker und Schuch „Eine Frau wie Du“ mit der Kunst von Hermann Krohne gegeben. (Die Aufführung des bislang dort gegebenen Dramas „Das Geseh“ ist mit überminderter Anziehungskraft bei tüchtiger Darstellung im „Krohe-Theater“ übergeben.) In der Operette wird unter Benutzung Stoffe und musikalisch alter Themen billigen Ansprüchen auf Erheiterung in zureichender Weise genügt.

Medizinalrat Prof. Dr. Ludwig Brieger ist im 71. Lebensjahre gestorben. Er war früher Vorsteher der Krankenabteilung des Kochschen Instituts für Infektionskrankheiten und hat sich in den letzten Jahren als Leiter der hydrotherapeutischen Anstalt der Berliner Universitätsklinik in der Wasserheilkunde wissenschaftlich und praktisch ausgezeichnet.

In der Jahresversammlung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, berietet Sanitätsrat Dr. Blas (Darmstadt) über die Vorarbeiten, die die Gesellschaft für ein Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten geleistet hat. Wissenschaftliche Vorträge zeigen im Gegensatz zu den sogenannten „Aufklärungsstücken“, wie ein wirklicher Aufklärungsfilm beschaffen sein soll.

In der Aussprache am Vortage Bahndorf zeigen alle Abteilungen dem Besucher offen die einzelnen Stadien der Geschlechtskrankheiten vom anscheinend harmlosen Beginn bis zu den schwersten Perilnervenprogressen. Das ist gerade das erzieherische Wesentliche dieser Ausstellung, daß dem Einzelnen ungehindert vor Augen geführt wird: so gehen die Krankheiten aus, so können sie vernachlässigt werden und so können sie verhütet werden! Dadurch wird auf der einen Seite abgedrängt gewirkt, auf der anderen aber beruhigt, denn immer wieder wird die Tatsache wiederholt, daß rechtzeitige Behandlung gleichbedeutend mit Heilung ist. Das gesamte gebotene Material ist mit eingehenden allgemein verständlichen Erläuterungen versehen.

## Die Lage Petersburgs.

Der „Wostokische Bst.“ geht über Stockholm folgende Meldung aus Terijoki, an der russisch-finnischen Grenze, zu:

Die britische Flotte beschießt seit Mittwoch nach Kronstadt, das sich jedoch bis Donnerstag noch gehalten hat. Die Nordwestarmee hat allerdings Galschina erobert, aber von Pawlowsk her drängen ihr starke rote Truppenkräfte entgegen. Die Jüdenische weitere Vorstoß auf Jarosloje Selo und Krasnoj Selo erschweren. Gegenwärtig, d. h. Donnerstag mittag, finden erbitterte Kämpfe nördlich von Galschina statt, die für die Sowjettruppen nicht ungünstig stehen. Es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß sich die Nordwestarmee genötigt sehen könnte, Galschina wieder aufzugeben. Von Galschina und Krasnoj vor — also östlich von Galschina — rücken weitere Sowjettruppen her, die anscheinend dazu bestimmt sind, der Nordwestarmee in den Rücken zu fallen.

Einzelne Flüchtlinge aus Petersburg, denen es gelang, die finnische Grenze zu erreichen, erzählen, daß Petersburg selbst von Truppen fast gänzlich entblößt sei. Sinowjew, der Volkskommissar von Petersburg, habe sich mit allen wehrfähigen Männern südlich von Petersburg begeben und sei Mittwoch nacht in Guskowo gewesen. Mittwoch nachmittag hätten in Petersburg Straßenunruhen begonnen, denen jedoch keine Bedeutung beigemessen sei. Sämtliche Archive der Petersburger Kommune und ebenso die amtlichen Gelder seien bereits am Dienstag nach Plosk abgegangen. Sollte es dem britischen Geschwader gelingen, die Kronstädter Batterie zum Schweigen zu bringen, die vor Kronstadt liegenden Sowjetkriegsschiffe unschädlich zu machen und sich somit der Kronstädter Festung zu bemächtigen, so können die schulpflosen Petersburger sofort das britische Geschwader vor der Stadt erscheinen lassen, was einer sofortigen Besitzergreifung von Petersburg gleichkäme. Schon Anfang Oktober hatte Sinowjew geplant, sowohl das Fahrwasser Kronstadt nach Petersburg wie den sogenannten Seefanal durch ausgelegte Minenfelder unpassierbar zu machen. Aber dieser Plan ist nicht zur Ausführung gelangt. Bei Abgang der Meldung vertheilte sich an der finnisch-russischen Grenze das Gerücht, die Westfront von Kronstadt hätten das Feuer bereits eingestellt.

## Achtundentag und Arbeiterräte in Schweden.

Der schwedische Reichstag hat ein Gesetz geschaffen, das den Achtundentag, allerdings mit vielen Ausnahmen, in Schweden einführt. Vom Achtundentag ausgeschlossen sind die gewerblichen Arbeiter und Beamte der Staatsbetriebe, die Arbeiter in der Schifffahrt, Fischerei, Forst- und Landwirtschaft, auch alle Vorarbeiter, Werkmeister, die Angestellten der öffentlichen Anstalten und des Eisenbahnwesens. Für Betriebe, die weniger als vier Arbeiter beschäftigen, sowie für das Kleinhandwerk und Gemeinden unter 1500 Einwohnern gilt das Gesetz nicht.

Ein Unikum ist der im Gesetz vorgesehene Arbeiterrat. Er besteht aus sieben Ernannten des Königs! Die Unternehmer schlagen vier, die Arbeiter drei Vertreter vor, der König bestimmt vier Mitglieder, die drei anderen ernannt die Regierung. Das Ding hat allerdings mit Arbeiterräten außer dem Namen nichts zu tun.

## Neue Operation des Genossen Haase.

Heute vormittag ist eine neue Operation vorgenommen worden. Das Befinden des Patienten hat sich verschlechtert, doch war bei Redaktionschluss über den Verlauf der Operation noch nichts Näheres zu erfahren.

## Der Geist der Einwohnerwehr.

Von einem Herrn A. Richter aus Rouskän, erhalten wir folgende Zuschrift:

„Wiederholt lese ich in Ihrer geschätzten Zeitschrift, daß wir Mitglieder der Einwohnerwehren aus Elementen bestehen, welche monarchistisch gesinnt sind. Nun gut, das bestritten wir nicht und wenn es gilt, die Monarchie zu errichten, was mit Sicherheit nicht mehr fern steht, so werden wir Leib und Leben einsetzen, um diese Lumpen- und Verbrecher-Regierung zu bestrafen, wie es Ihnen so schon unser althergebrachter Herr Oberst Reinhard gesagt hat. Wer sich aber nicht für die Monarchie stellt und nicht vom Kopf bis Fuß Monarchist ist, der Lump soll sich auf sein Leben Wege aus der Einwohnerwehr rauschieren, ehe er rausgeschmissen wird. Daß sich aber auch Sozialdemokraten bei uns befinden, sehen Sie aus dem Liede „Einwohnerwehrlied“, welches vom Sozialdemokraten Alfred Puls gedichtet ist. Dieser Ranz löst Ihnen den Mund.“

Das „Einwohnerwehrlied“ dieses „Sozialdemokraten“ Puls, nach der Melodie: „Stolz weht die Flagge schwarz-weiß-rot“ zu singen, beginnt mit folgender Strophe:

„Wach auf und wach“ dich, deutscher Mann,  
Es gilt jetzt Haus und Herd:  
Was niemand dir ersuchen kann,  
Was lieb dir ist und wert,  
Dein Glück verliert in tiefer Nacht,  
Der Feinde bist du tot,  
Verfällt du der welt schimm'eren Nacht,  
Als du h'rer Feind es war.  
Auf, greif zur Waffe, Mann für Mann,  
Kämpf gegen Raub und Mord.  
Wer noch die Hände rühren kann,  
Set inner'n Friedens Hort.“

Dieser Alfred Puls, der sich stolz als Mitglied der S. P. D. bezeichnet, macht der Einwohnerwehr in der Tat keine Unehr. Wir wünschen ihr daher recht viele Mitglieder von dieser Sorte.

Rechtliche Stadträte. In Königsberg i. Pr. wurden am 15. Oktober drei weibliche Stadträte, die nunmehr, nach den neuen gesetzlichen Bestimmungen, die Bestätigung erhalten haben, durch den Oberbürgermeister in ihr Amt eingesetzt. Unter den drei Neueingewählten befindet sich unsere Genossin Charlotte Welser. Königsberg hat jetzt vier Stadträte, die Mitglieder der S. P. D. sind.

Die Arbeitszeit in der englischen Landwirtschaft hat zu Differenzen zwischen Henderson und Lloyd George geführt. Während Henderson auch in der Landwirtschaft, wie in der Industrie, den Achtundentag festgesetzt wissen will, steht Lloyd George dem ablehnend gegenüber. Henderson glaubt die Sache so regeln zu können, daß den Landarbeitern grundsätzlich die Achtundentagstundenwoche zugesprochen werde, aber erlaubt sein solle, im Sommer Ueberstunden zu machen.

Die englische Vertretung auf der Internationalen Arbeiterkonferenz in Washington besteht aus Barnes, Delevinger und fünf sachverständigen Beratern. Delegierter der Arbeiterpartei ist Stuart Bunnina. Sekretär des Verbands der

Presseangehörigen. In der letzten Nummer vom 19. Oktober von der Vorsitzende der unabhängigen Arbeiterpartei Long. Abreise in der Nacht. Die bayerische Staatsregierung unter großem Rohlenmangel. Die Hölzer Staatszentrale im Ludwigshafen muß deshalb ihren Betrieb einstellen und kann das Land vom Montag ab nicht mehr mit Strom versorgen.

## Gewerkschaftliches.

### Eine sonderbare Sparpolitik unserer Regierung.

Vom Verband der Schneider, Filiale Berlin, wird uns geschrieben:

Die Bekleidungsämter, welche bis zum 1. Oktober d. J. dem Kriegsministerium unterstellt waren, sind von diesem losgelöst und dem Reichsfinanzministerium übergeben worden. Die Aufträge an Entlassungsämtern und Militär-Bekleidungsämtern konnten von den Beamten allein nicht angefertigt werden. Es wurden deshalb größere Mengen an Zuschüssen für Betriebe außerhalb des Amtes vergeben. Seit dem 1. Oktober d. J. ist es allerdings nun anders geworden. Den Bekleidungsämtern werden für diese Art Vergütung von Arbeit hierfür keine Mittel mehr bewilligt. In Berlin allein sind dadurch mehrere Tausend Schneider und Schneiderinnen drohtlos geworden. Seit 1. Oktober d. J. werden dieselben allerdings vom Amt des Gardekorps versorgt, daß die Mittel hierzu noch bewilligt werden und die Arbeit kann dann in den nächsten Tagen ausgegeben und in Empfang genommen werden.

Vertreter des Schneiderverbandes und des Gardekorps hatten nun Samstag, den 11. Oktober d. J. eine Besprechung im Reichsfinanzministerium darüber, ob die Mittel bewilligt werden oder ob die Schneider und Schneiderinnen nun noch länger gehalten und versorgt werden sollen.

Vom Vertreter des Reichsfinanzministeriums wurde der Kommission mitgeteilt, daß die Mittel hierzu vom Finanzministerium wahrscheinlich nicht bewilligt werden. Vom Vertreter des Bekleidungsamts Garde wurde angeführt, daß die Aufträge an Entlassungsämtern für die heimkehrenden Kriegsgefangenen so groß sind, daß das Amt Garde davon allein zwei Jahre zu tun hätte. Da man aber doch die heimkehrenden Krieger mit der Bekleidung nicht so lange vertrieben kann, wird man es wieder wie zu Anfang dieses Jahres erleben, daß dann die großen Aufträge an die Privatindustrie vergeben werden, die dann für unsere Gefangenen wieder den größten Schaden liefern und große Summen in die Tasche stecken, indem sie Schneider und Schneiderinnen um ihren Arbeitslohn betrogen werden und auf der anderen Seite unsere heimkehrenden Kriegsgefangenen Angehörige bekommen, die ihnen hauptsächlich vom Leibe gehen. Sind doch diese Tatsachen nur zu häufig vorgekommen und haben wir gerade nach der Revolution in dieser Beziehung viel böse Erfahrungen machen müssen. Um nur eins herauszugreifen, so hat die bekannte Firma Bruno Herz die Arbeiter um Tausende betrogen, indem sie das Geld, welches sie dem Bekleidungsamt Garde als Rückzahlung an Arbeitslohn für ihre Arbeiter erhalten hat, einfach in ihre Tasche steckte und den Schneidern und Schneiderinnen diese Rückzahlung nicht gewährte.

Wir fragen deshalb: Ist es nicht eine sonderbare Sparpolitik, die hier von Seiten der Regierung getrieben wird? Jetzt bewilligt man keine Mittel und macht dadurch Tausende von Schneidern und Schneiderinnen drohtlos, während auf der anderen Seite das Geld wieder zum Fenster hinausgeworfen wird und letzten Endes die arbeitslosen Schneider und Schneiderinnen die Erwerbslosenfürsorge in Anspruch nehmen müssen. Wir fragen weiter: Was sagt der Herr Arbeitsminister Schilde dazu? Was gebietet die Regierung zu tun, um diesen Unrechtszustand zu befeitigen? Von Seiten der Regierung wird jetzt versucht, in der heutigen Zeit den Arbeiter klar zu machen, daß nur Erhöhung der Produktion, rastlose Arbeit und retten kann, während, wie vorstehend geschildert, die Regierung es an geeigneten Maßnahmen fehlen läßt, eine gewisse passive Resistenz verüben läßt, damit gewissermaßen die Erhöhung der Produktion nicht eintrifft darf.

Wir erwarten deshalb von Seiten der Regierung im Interesse der Allgemeinheit und im Interesse der drohtlos gewordenen Schneider und Schneiderinnen eine kluge und klare Antwort auf vorstehende Mißstände.

Rachschriß der Redaktion: Daß die in vorstehendem Artikel kritisierte Sparpolitik bereits wieder zu Unzuträglichkeiten führt, beweist folgende Zuschrift, die wir erhielten:

„Mein Sohn, welcher am 1. Oktober aus englischer Gefangenschaft zurückkehrte, bemüht sich seither vergebens um Erlangung eines Mantels bei der Militärbehörde. Er ist bereits das dritte Mal von der Ausgabestelle verwiesen worden. Bis ihm gestern einer der Herren von der Kreis (Kriegsgefangenenheimkehr) den Rat gab, sich doch an die Öffentlichkeit zu wenden.“

Wir wollen nun hoffen, daß dieser öffentliche Appell dazu führt, daß die Herstellung der Bekleidungsgegenstände etwas schneller und weitberziger betrieben wird. An Arbeitskräften ist ja, wie oben ausgeführt, kein Mangel.

### Tarifverhandlungen im Zeitungsgewerbe.

Die Abstimmung über den am 10. d. M. vom Schlichtungsrat im Reichsarbeitministerium gefällten Schiedsspruch hatte folgende Ergebnisse:

Altein u. Co.: Für Ablehnung des Schiedsspruch 900, für Annahme des Schiedsspruch 80, unglücklich 3 Stimmen.

August Scherl: Für Ablehnung des Schiedsspruch 417, für Annahme des Schiedsspruch 170 Stimmen.

Wie wir hören, hat bei der Firma Kasse eine Abstimmung über den Schiedsspruch nicht stattgefunden, da die Angestellten in einer Resolution einen Haustarif oder über den Tarif, über den augenblicklich mit den Ammonitionsproduktionen verhandelt wird, gefordert haben.

Nach den oben aufgeführten Ergebnissen ist ersichtlich, daß die Angestellten nicht gewillt ist, mehr als Hungerlohn zu zahlen, sondern hiermit von Unternehmern den Kampf anfangt.

Ueber die Lohnbewegung der Gemeinbediensteten Groß-Berlin werden die widersprechenden Berichte in der Presse verbreitet. Demgegenüber sei festgestellt, die Mitglieder des Verbandes der Gemeinde- und Staatsbediensteten haben den Schiedsspruch des Zentral-Ausschusses mit 21 833 gegen 2229 Stimmen angenommen. Auch die Mitglieder der anderen Verbände haben in ihren Versammlungen dem Lohnarif ihre Zustimmung gegeben. Streikaktionen aus dem Schiedsspruch betreiben zur Zeit nicht. Der Manteltarif ist innerhalb des Verbandes Gegenstand von Verhandlungen und wird den städtischen Verwaltungen demnächst zugewiesen. Zum Streit in der Metallindustrie verpflichten wir unsere Mitglieder auf die Beschlässe der 15er Kommission und der Gewerkschaftskommission. Wir werden uns nochmals an unsere Kollegen, dem Streik der Metallarbeiter ihre Sympathie auch dadurch zu beweisen, daß die Streikmärkte von jedem Kollegen gelöst werden.

### Verband der Geweinde- und Staatsbediensteten.

#### Örtverwaltungen Groß-Berlin.

H. W. G. Kontrollkarten von 1—2061 am Montag unterschreiben. Dienstag, den 21. Oktober, 10 Uhr, Versammlung sämtlicher Nachhelfen- und Gartrichter im Bürgerpark, Oberschöneweide. Die Streikleitung.

Wichtig! Bergmannwerke, Rosenthal. Am Dienstag, den 21. Oktober, 9½ Uhr, für die Nr. 1—1500 Betriebsversammlung bei Feind. Anschließend Auszahlung. Um 12¼ Uhr für die Nr. 1501—3000 Betriebsversammlung bei Feind. Anschließend Auszahlung. Die Streikleitung.

H. W. G. Koberwerk Oberpers. Betriebsversammlung Dienstag nachmittag 2 Uhr in Werners Blumenhorten, Oberschöneweide.

